

Shahrzad Mojab

Frauen und Revolution: Marxismus und Feminismus durchdenken

Noch immer wird erbittert um den Begriff der Revolution gekämpft. Er wurde verherrlicht, verleumdet, verteufelt, unterdrückt, passend gemacht, ausgebeutet und verworfen. Im Folgenden geht es nicht um die vieldiskutierte Geschichte dieser Kämpfe, sondern um einige Aussagen über Revolution im Zusammenhang mit den Debatten um Marxismus und Feminismus.

Theorisierungen gegen ›Revolution‹ von links

Die seit 2008 anhaltende Krise hat einige Ökonomen und Politiker zu einer Rückkehr zu Marx veranlasst, um den Beinahe-Zusammenbruch des Kapitalismus zu verstehen. Viele sahen darin eine Wiederholung der Ereignisse von 1929. Der Neoliberalismus lag auf den Knien.

Gegenwart und Zukunft des Kapitalismus sind nicht unbemerkt an der Populärkultur, besonders der Science Fiction (SF), vorbeigegangen. Ein Jahrzehnt vor 2008 wurde in *Past Tense*, einer Folge von *Star Trek: Deep Space Nine* (3. Staffel, Folgen 11 und 12, 1995) das Jahr 2024 zum Thema gemacht, als die Besatzung des Raumschiffes *Defiant* zur Erde zurückkehrt und in San Francisco landet, wo die Armen, Kranken, Arbeitslosen, Obdachlosen und geistig Verwirrten in sogenannte »Schutzgebiete« gepfercht werden, während die Reichen in abgeschotteten Sicherheitszonen leben, geschützt von schwerbewaffnetem Militär. In dem Film *Elysium* (Regisseur Neill Blomkamp, 2013) ist die Erde ein von Übervölkerung, Hunger, Krankheit, Ausbeutung und Ungerechtigkeit verheerter Ort; die reiche Minderheit hat die Erde verlassen und lebt in einer Kolonie im Weltraum mit dem Namen *Elysium*.

Diese SF-Filme nehmen auf, was einige Ökonomen für den Kapitalismus festgestellt haben. Während in der Gegenwart der Planet durch Produktion und Überproduktion von Waren zerstört wird, öffnet sich die Schere zwischen arm und reich weiter, und Hunger, Armut und Krieg bedrohen Teile der Erdbevölkerung. Die in diesen Filmen dargestellte Zukunft ist unsere Gegenwart. Es ist, kurz gesagt, nicht schwer zu verstehen, dass der Kapitalismus zu einem Hindernis fürs Leben auf unserem Planeten geworden ist. Wenn diese Achterbahn nicht gestoppt wird, wird es mit dem Leben, wie man es bisher kannte, vorbei sein.

Viele Linke dürften gegen eine solche Prognose nichts einzuwenden haben; einige werden sagen, dass die Achterbahn nicht Schritt für Schritt durch Reformen gestoppt werden kann. Andere nehmen an, dass der Kapitalismus bereits grundlegend verändert ist und heute dahin tendiert, die Gesellschaft in Richtung Kommunismus zu entwickeln, ohne dass dafür eine Revolution nötig wäre. Wertesetz und Lohnarbeit funktionierten nicht mehr in einer Ökonomie, die auf ›immaterieller‹ Arbeit und ›immaterieller‹ Produktion beruht, wie Negri behauptet: »Es ist vorbei mit der

Lohnarbeit, und (...) der Kampf auf der Ebene von Kapital und Arbeit um den Lohn hat sich verschoben zu einem Kampf zwischen der Multitude und dem Staat« (2000, zit.n. Ebert/Zavarzadeh 2007, 405).

Während der Kapitalismus sich als alternativlos präsentiert, malen sich einige auf der Linken eine kommunistische Zukunft ohne Klassenkampf und ohne soziale Revolution aus. So sprechen Hardt und Negri (2000) von einer Verwandlung des Kapitalismus in einen »spontanen Kommunismus« (zur Kritik siehe Ebert/Zavarzadeh 2007, 403). Die Vorstellung eines Kommunismus ohne Revolution wirkt seltsam angesichts um sich greifender vorkapitalistischer Formen von Ausbeutung in Asien, Afrika und Lateinamerika. Fronarbeit, Zwangsarbeit, moderne Sklaverei, Kinderarbeit und Menschenhandel nehmen zu (vgl. www.antislavery.org). Ebenso bezeichnend ist der Widerstand von Frauen, Bauern, Landlosen, Ureinwohnern, Schwarzen, Obdachlosen und Armen. Die Unterdrückung von Frauen, ethnischen und religiösen Minderheiten ist Teil dieses düsteren Bildes. Überall auf der Welt führt das patriarchale Regime seinen endlosen »Krieg gegen die Frauen«. Der Aufstieg von Faschismus, Nationalismus, Xenophobie, religiösem Fundamentalismus und imperialistischer Konkurrenz hat eine erschreckende Situation mit einer dunklen Zukunft für die 99-Prozent-Mehrheit geschaffen. Große Teile des Mittleren Ostens und Nordafrikas sind in einen endlosen Krieg zwischen imperialistischem und religiösem Fundamentalismus verwickelt mit verheerenden Folgen für die kleinen Leute. Es fällt schwer, einen Ausweg ohne Revolution ins Auge zu fassen.

Die Rojava-Revolution

Zwar hat sich der Kapitalismus in den letzten Jahrzehnten dramatisch verändert, doch blieb der Grundwiderspruch zwischen vergesellschafteter Produktion und privater Verfügungsmacht über die Produktionsmittel unangetastet. Während die Produktivkräfte auf noch nie dagewesener Stufenleiter entwickelt werden, bleiben die Produktionsverhältnisse weitgehend stabil. Zwei Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs schrieb der Archäologe V. Gordon Childe:

Innerhalb der letzten hundert Jahre haben die Gesellschaften Westeuropas und Nordamerikas bemerkenswerte Erfolge in der Kontrolle über die äußere Natur erreicht. Das Gespenst des Hungers, das die antiken und mittelalterlichen Zivilisationen ständig heimgesucht hat und noch immer Bauernmassen in Asien und [...] Stämme im Pazifik mit der Vernichtung bedroht, ist wirksam gebannt worden, es sei denn diese Gesellschaften locken es durch ihr eigenes kriegerisches Verhalten selber wieder hervor. (1953, 1)

Das wurde vor etwa achtzig Jahren geschrieben. Seither haben wir eine so umfassende Entwicklung der Produktivkräfte erlebt, als dass Hunger sich nirgendwo mehr auf dem Planeten rechtfertigen lässt. Wir menschlichen Wesen sind in der Lage, Lebensmittel und Wohnungen für die ganze Welt zu produzieren, ohne dabei die Umwelt zu zerstören. Wenn dieses Ziel nicht erreicht wird, dann deshalb, weil die Produktionsmittel in privater Hand sind, und der Staat, unter Beihilfe von Religion und Nationalismus, das Privateigentum schützt. Vergesellschaftung der Produktion

bedeutet, dass die Gesellschaft dringend nach einer kommunistischen Organisierung verlangt, doch der private Charakter der Aneignung macht deutlich, dass ohne Revolution solch weitreichende Veränderungen nicht möglich sein werden.

Mit dem in alle Ecken der Welt sich ausbreitenden Kapitalismus geht Widerstand in vielen alten und neuen Formen einher. Arbeiter, Arbeitslose und Obdachlose in den entwickelten kapitalistischen Ländern kämpfen zusammen mit Bauern, Landlosen und den städtischen Armen in Asien, Afrika, Lateinamerika für ihre Rechte – ganz wie die früheren Generationen es taten. Sehr oft stoßen ihre bescheidenen ökonomischen Forderungen auf taube Ohren. Frauen und die übrige Bevölkerung kämpfen um politische Rechte. Der »Arabische Frühling«, der viele begeisterte, scheiterte vor allem deshalb, weil die Organisatoren nicht an revolutionäre Führung und Organisation glaubten. Der zentrumslose, führungslose Widerstand zielte auf die Herstellung von »Demokratie«, worunter Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie freie Wahlen verstanden wurden. Einige der Bewegungen forderten auch ökonomische Gerechtigkeit, ohne Erfolg. Der Arabische Frühling verkannte ferner die Rolle des Staates, des Hüters des sozialen und ökonomischen Friedens als einer konterrevolutionären Kraft. Der Kampf der Kurden in Syrien scheint eine Ausnahme, obwohl auch er an eben den Illusionen leidet, die dem Arabischen Frühling ein tragisches Ende bereitet haben.

Unter den Kurden in Syrien – von ihnen Rojava genannt, welches das kurdische Wort für ›Westen‹ ist, d.h. den westlichen Teil von Groß-Kurdistan – gab es 2011 eine Anzahl politischer Parteien, als der Widerstand gegen das Assad-Regime als Teil des Arabischen Frühlings begann. Als zu Jahresbeginn 2014 das syrische Regime seine Streitkräfte aus Rojava abzog, erklärte eine der Parteien, die Partei der Demokratischen Union (PYD), in drei nicht aneinander grenzenden Teilen oder Kantonen von Rojava die Unabhängigkeit. Die PYD ist eine links-nationalistische Organisation, die ideologisch und politisch der Kurdischen Arbeiter-Partei PKK in der Türkei nahesteht.

Die Bildung dieser unabhängigen Kantone stieß auf den Widerstand syrischer oppositioneller Gruppen, darunter der Freien Syrischen Armee, ferner der Türkei, der USA und sogar der kurdischen Regionalregierung im Irak. Fundamentalistische islamische Kräfte waren unversöhnliche Feinde der Kurden, und der IS startete eine Großoffensive, um die unabhängigen Kantone zu beseitigen. Seit September 2014 konzentrierte sich der Krieg auf die Stadt Kobane; die Medien wurden aufmerksam, und Menschen auf der ganzen Welt waren begeistert von den Frauen unter den Partisanen, die die in ein Trümmerfeld verwandelte Stadt monatelang verteidigten und dem IS eine Niederlage beibrachten. Vielfach verglich man Kobane mit Stalingrad und Madrid während der antifaschistischen Kämpfe im letzten Jahrhundert. Die Frauen von Kobane zeigten ein Gesicht des Mittleren Ostens, das von den Medien und der akademischen Welt verdunkelt worden war: Frauen sind bereit, patriarchale und misogynie Kräfte mit allen Mitteln zu bekämpfen. Dabei war Kobane kein Ausnahmefall. Frauen in linken, säkularen Organisationen in Palästina, Yemen, Oman und Iran hatten sich seit den 1970er Jahren am revolutionären bewaffneten Kampf beteiligt.

Die Frauen von Rojava verfügen über eine eigene militärische Organisation, die Frauen-Verteidigungs-Einheit (YPJ), die zusammen mit den aus Männern bestehenden Volks-Verteidigungs-Einheiten (YPG) den militärischen Arm der Partei der Demokratischen Union bilden. Diese Partei steht an der Spitze des Kampfes in Syrien. Sie befürwortet weder Sozialismus noch Revolution. Sie zielt auf »radikale Demokratie«. Saleh Muslim Mohamed, ihr führender Kopf, sagt:

Wir haben im Kern eine Demokratie ohne den Staat entwickelt. Das ist eine einzigartige Alternative in einer Region, die von einer in sich zerrissenen Freien Syrischen Armee, dem Assad-Regime und dem selbsternannten Islamischen Staat heimgesucht wird. Beim Konzept einer demokratischen Föderation oder demokratischer Autonomie geht es um *radikale Demokratie*: Die Leute sollen sich selbst organisieren, sich selbst verteidigen mit Hilfe von Volksarmeen wie den Volks-Verteidigungs-Einheiten (YPG) und den Frauen-Verteidigungs-Einheiten (YPJ). Wir praktizieren also ein Modell der Selbstregierung und Selbstorganisation, sozusagen ohne Staat. Andere mögen von Selbstregierung in der Theorie sprechen, für uns ist dieses Verlangen nach Selbstregierung unsere tägliche Revolution. Frauen, Männer – alle Stränge unserer Gesellschaft sind jetzt in einen organischen Zusammenhang gebracht. Der Grund, warum Kobane bis heute standgehalten hat, liegt in diesen Strukturen. (Interview mit *Links* vom 10. November 2014)

Der Gedanke, eine radikale Demokratie aufzubauen, ohne sich um den Staat bzw. den Nationalstaat zu kümmern, wurde von dem im türkischen Gefängnis sitzenden PKK-Führer Abdulla Öcalan formuliert. Die PKK will im vor allem von Kurden bewohnten Südosten der Türkei eine Autonomie durchsetzen und den türkischen Staat ignorieren. Diese Autonomie, falls sie sich umsetzen lässt, würde in einer Reihe von miteinander verbundenen Räten und Versammlungen auf der Ebene der Nachbarschaften, Dörfer, Städte, Gemeinden und Provinzen bestehen. Die für liberale Demokratien typische vertikale Herrschaftsordnung von oben nach unten würde ersetzt werden durch eine von horizontalen Beziehungen bestimmte Ordnung von unten nach oben. Mehr noch, jedes Organ radikaler Demokratie würde von einer Frau und einem Mann gemeinsam geleitet, wobei ein Frauenanteil von 40 % in allen Organen garantiert ist. Anhänger der PKK haben versucht, diese Vorstellungen in den kurdischen Gemeinden in der Türkei umzusetzen.

Während in der Türkei solche Vorstellungen auf den entschiedenen Widerstand des türkischen Staates, gleichgültig unter welcher Regierung, treffen, konnten die Kurden in dem vom syrischen Staat geräumten Rojava anfangen, Öcalans Plan umzusetzen. Trotz der schwierigen Bedingungen des Krieges und der von der Türkei, den syrischen Oppositionsgruppen und der Kurdischen Regionalregierung im Irak (KRG) verhängten Wirtschaftsblockade konnte Rojava überleben. Die ethnischen Minderheiten, assyrische und armenische Christen sowie die jessidischen Kurden eingeschlossen, genießen politische und religiöse Freiheit. Die durch Krieg und Blockade entstandene wirtschaftliche Notlage wird durch Methoden der Selbstverwaltung und Kooperation gemildert.

Die Frauen von Rojava haben mit dem erfolgreichen Kampf gegen das faschistoid-theokratische IS-Patriarchat einen bemerkenswerten Mut an den Tag gelegt. Die Geschlechterpolitiken in Rojava sind indes nicht so heldenhaft wie der bewaffnete

Kampf. Ein Blick auf die gesetzlich garantierten Rechte der Frauen zeigt Diskrepanzen und Inkonsistenzen. So erklärt z.B. das Gesetz Nr. 22, das im Kanton Jazira 2014 verabschiedet wurde (veröffentlicht auf Kurdisch und Arabisch):

Aufgrund der Bedeutung der Frauen für die Familie, dem Grundstein der Gesellschaft, ist die Freiheit der Frauen die Grundvoraussetzung für die Bildung der Familie und einer freien, demokratischen Gesellschaft. Der Fortschritt der menschlichen Gesellschaften hängt ab von der Teilhabe der Frauen und ihrer bedeutenden Rolle in der Verwaltung.

Das Gesetz betont ferner, dass »die hauptsächliche und erste Pflicht der Führer der demokratischen Autonomie darin besteht, die Freiheit und die Rechte der Frauen zu garantieren ...«. Das Gesetz konkretisiert einige Rechte der Frauen, wie sie sich für gewöhnlich in der Gesetzgebung vieler Länder finden. Etwa

- Frauen und Männer sind in allen öffentlichen und privaten Bereichen gleich (Artikel 2);
- Frauen genießen in allen Berufszweigen das Recht zu wählen und gewählt zu werden (3);
- gemeinsame Leitung von Frauen und Männern in allen Ämtern (4);
- Frauen haben das Recht zur Bildung politischer, ziviler, ökonomischer, kultureller, legitimer Verteidigungs- und anderer Organisationen, wenn dies ihren sonstigen sozialen Verpflichtungen nicht widerspricht (5);
- Gleichheit von Frauen und Männern in Bezug auf das Recht auf Arbeit und Löhne (8);
- beide Seiten (Frau und Mann) können die Trennung verlangen, wobei die Scheidung nicht einseitig vollzogen werden kann (14).

Das Gesetz verbietet ferner einige diskriminierende und unterdrückerische Gewohnheiten und stellt sie unter Strafe, etwa:

- die Verheiratung von Mädchen gegen ihren Willen (10)
- Polygamie (13);
- schwere Bestrafung, ohne Rücksicht aufs Geschlecht, im Falle von Untreue (18);
- Gewalt gegen Frauen und ihre Diskriminierung (20);
- Ehrenmorde werden als vorsätzlicher Mord eingestuft (17);
- Frauen- und Kinderhandel, in welchen Formen auch immer, ist verboten und wird streng bestraft (19).

Diese Gesetzgebung ist fortschrittlicher als die theokratische einiger Länder des Mittleren Ostens, bleibt aber hinter den in bürgerlichen Demokratien geltenden Rechten zurück. So kann Scheidung nur dann statthaben, wenn beide Ehepartner zustimmen; Untreue wird streng bestraft; die Freiheit der Frauen, sich zusammenzuschließen, findet ihre Grenze an ihren »sozialen Verpflichtungen«, womit offensichtlich ihre familiären Verpflichtungen gemeint sind. Dieses Gesetz mag Aspekte des herrschenden Geschlechterregimes demokratisieren, es zielt keineswegs auf den Abbau des Patriarchats, indem eine nicht auf Geschlecht, Klasse, nationale und religiöse Bindungen basierende Gesellschaft angestrebt wird.

Die Forderung, dass ›radikale Demokratie‹ bei Fehlen des Staates praktiziert werde, wird durch die Tatsache konterkariert, dass die autonome Verwaltung in Rojava staatsförmig handelt; sie ist de facto der Staat. An ihrer Spitze steht eine sehr gut organisierte politische Partei; sie verfügt über eine gut organisierte Armee; sie besteht aus Organen der Gesetzgebung, der Verwaltung und der Rechtsprechung; sie unterhält diplomatische Beziehungen zu vielen Ländern; sie verfügt über Medien und z.B. über Satellitenfernsehen. Die Initiative der Partei der Demokratischen Union und der Zerfall des syrischen Staates haben dies möglich gemacht. Rojava ist als eine funktionierende autonome Region aus Krieg und Zerstörung hervorgegangen, weil ihre Führung in der Lage war, diese Region als Staat zu organisieren.

Marxismus, Feminismus und der Staat

In kritischen Studien über marxistische und feministische Staatstheorien scheint der Hinweis angebracht, marxistische Theorien seien staatszentriert, feministische dagegen geschlechterzentriert, und dass es folglich darauf ankomme, ›Geschlecht‹ in die marxistische und ›Klasse‹ in die feministische Theorie hineinzubringen. Zwar hat ein solches Vorhaben seinen Reiz, doch geht es an der uns sich stellenden Herausforderung vorbei.

Feministische Theorien sind generell daran interessiert, die Rolle des Staates bei der Ungleichheit der Geschlechter oder der Unterdrückung der Frauen zu verstehen, und ob der Staat reformiert werden kann, um Gleichheit herzustellen. Die »Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte« der Französischen Revolution machte deutlich, dass bürgerliche Demokratie durchaus nicht daran interessiert war, Frauen und Männer gleich zu behandeln. Die Ungleichheit war dem Gesetz de facto eingeschrieben. Deshalb setzte die liberale Frauenbewegung Gesetzesreformen auf die Tagesordnung. In der aufs stärkste fragmentierten und hierarchisierten Gesellschaft von heute sind Frauen ungleich hinsichtlich des Ortes, den sie in den sozialen Formationen von Klasse, »Rasse«, Erziehung, ethnischer Zugehörigkeit, Sprache, Religion usw. einnehmen. Die durchaus wünschenswerte legale oder formale Gleichheit versagt bei dem Versuch, diese Spaltungen zu überwinden oder doch zu glätten. Die sogenannte »Gleichheit vor dem Gesetz« schließt alle Dynamiken der Reproduktion von Ungleichheit ein.

Die Begegnungen einer solchen feministischen Theorie mit dem Staat zeigen deren atomistische, positivistische und reduktionistische Tendenzen. Mit marxistischer Theorie lässt sich der Staat ohne weiteres identifizieren und von anderen Institutionen wie Nation, Klasse, Religion oder Ökonomie unterscheiden. Freilich ist er mit ihnen allen verbunden. Der Staat ist zugleich autonom und abhängig. Er ist die politische Organisation der herrschenden Klasse, garantiert die herrschende Ordnung und sichert die Loyalität der ausgebeuteten Klassen, Frauen und anderen unterdrückten Gruppen. Der Staat sorgt nicht nur für die Herrschaft der herrschenden Klasse, sondern auch für seine eigene Reproduktion. Diese Theorie sieht den Staat als tatkräftigen Hüter des sozioökonomischen Systems, d.h. des patriarchalen Kapitalismus. Der kapitalistische Staat muss das Patriarchat stützen, insofern dieses zur Reproduktion aller anderen

gesellschaftlichen Verhältnisse beiträgt, und umgekehrt wird es von diesen getragen. Das Patriarchat ist autonom, aber es ist zugleich in Sprache, Religion, Gesetz, Politik, Erziehung, Medien und allen anderen Lebenssphären aktiv präsent.

Für marxistisch-feministische Theoriebildung ist von entscheidender Bedeutung ein Verständnis dessen, was Marx den Übergang von der Vorgeschichte zur Geschichte genannt hat, d.h. den Übergang von der Klassen- zur klassenlosen Gesellschaft. Die größte Herausforderung besteht darin, die neue Welt ohne Ausbeutung und ohne Herrschaft mit den Mitteln der alten Welt zu schaffen. Die kommunistische Partei und der sozialistische Staat sind deren hauptsächliche Architekten, doch sind sie auch selbst Klassenphänomene und Produkte der Klassengesellschaft. Voraussetzung für die Schaffung einer kommunistischen Gesellschaft ist das Absterben der Partei, des Staates und der Arbeiterklasse. Die Architekten dieser radikalen Transformation sollten die Reproduktionsbedingungen des Staates, der Partei und der Klasse angreifen. Der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus und von diesem zum Kommunismus erfolgt weder spontan noch unvermeidlich.

Statt die Emanzipation der Frauen als eine Frage von Rechten bzw. eines Regimes von Rechten und Gleichheit zu fassen, muss die »Frauenfrage« als eine die Weltgeschichte betreffende, historisch und materialistisch erst zu begreifende Grundsatzfrage aufgefasst werden. Das verlangt einen radikalen Bruch mit herkömmlicher Theoriebildung, die sich dadurch in Teufels Küche gebracht hat, dass sie Essenzen mit Essenzialismus, Strukturen mit Strukturalismus und Universalismus mit Totalitarismus verwechselt. Sie fällt damit nicht nur hinter Marx, sondern hinter das materialistische Denken des 18. Jahrhunderts zurück.

Rojava leistet entschiedenen Widerstand gegen die dunklen Kräfte theokratischer Frauenfeindschaft. Im Reich der Theorie jedoch geht man weniger beherzt vor: Man kommt über die mit dem schönen Namen »radikale Demokratie« oder »demokratische Konföderation« bezeichnete bürgerliche Demokratie nicht hinaus. Zwar kann man von den neu errichteten, von IS, Türkei, Iran (KRG) und anderen Widrigkeiten bedrohten Kantonen gewiss nicht erwarten, dass Patriarchat und Privateigentum abgeschafft werden, aber darum geht es nicht. Marx' Revolutionstheorie beruht auf den Erfahrungen zahlreicher Aufstände und Revolutionen, vor allem der Französischen von 1789, von 1848 und der Pariser Kommune von 1871. Was eine Revolution von Revolten, Rebellionen, Aufständen oder Erhebungen unterscheidet, ist weniger die Zusammensetzung der Teilnehmenden als vielmehr die Absicht oder die Ziele derjenigen, die an der Spitze stehen. Die meisten Kaufleute und Kapitalisten nahmen an den bürgerlichen Revolutionen nicht als einfaches Fußvolk teil. Diejenigen, die in den Straßen oder auf den Schlachtfeldern auftraten, waren die Massen der Arbeiter, der armen städtischen Handwerker und der Bauern. Zu bürgerlichen Revolutionen kommt es, wenn die Politiken der Bourgeoisie führend geworden sind. Die Revolution geht einher mit einem grundlegenden Bruch mit einer veralteten Produktionsweise und deren Ersetzung durch eine neue. Im Falle der bürgerlichen Revolution rückt der Kapitalismus an die Stelle des Feudalismus; beide sind Klassengesellschaften, in denen Ausbeutung und Unterdrückung sämtliche gesellschaftlichen Beziehungen

prägen. Bürgerliche Revolutionen ersetzen ein Ausbeutungssystem durch ein anderes; sozialistische Revolutionen hingegen zielen auf die Abschaffung von Ausbeutung und Klassenverhältnissen und lassen dabei Staat und politische Parteien nicht unangetastet.

In schroffem Gegensatz zu den Auffassungen der PKK und der Partei der Demokratischen Union (PYD) steht für den Marxismus fest, dass die Abschaffung der Klassengesellschaft zusammen mit dem Privateigentum, dem Patriarchat, der Religion, der Nation und ihrer Grenzen nicht möglich ist ohne die Führung durch eine Partei und den Staat. Und dies, obwohl Partei und Staat ihrerseits Produkte der Klassengesellschaft sind. Diesen Widerspruch versuchte der Marxismus zu lösen: Wie kommt man zur klassenlosen Gesellschaft mit Hilfe von Institutionen, die der Klassengesellschaft entstammen? Das Argument lautet, der Staat müsse sich in dem Maße, wie der Sozialismus entsteht, selbst abschaffen – was freilich eine lange Periode des Übergangs zum Kommunismus einschließt, in deren Verlauf auch die arbeitende Klasse sich aufhebt. In den beiden großen sozialistischen Revolutionen im 20. Jh., der russischen und der chinesischen, kam man zu einem genaueren Verständnis dieses Widerspruchs. In China sollte die Kulturrevolution das Klassenbewusstsein entwickeln, um die Wiederherstellung des Kapitalismus zu verhindern, zu der es in der SU gekommen war. Die arbeitenden Massen wurden ermutigt, die Partei und den Staat herauszufordern. Dass man ein Jahrzehnt später zum Kapitalismus mittels eines Staatsstreichs zurückkehrte, verweist auf die Dringlichkeit eines besseren Verständnisses der Vorgänge und einer entwickelteren Theoriebildung.

Jeder Schritt vorwärts, der den Frauen in Rojava und anderswo bei der Bekämpfung des Patriarchats gelingt, ist zu begrüßen. Die Frauen sind eine neue, große Kraft revolutionärer Veränderung. Die Frauen von Rojava haben anschaulich bewiesen, dass dieses revolutionäre Potenzial vorhanden ist, auch wenn die Gesetzgebung noch hinter ihm zurückbleibt. Zwar ist Widerstand von Frauen weit verbreitet, doch ist auch der Bedarf nach mehr Wissen und mehr Theoriebildung groß, um einer neuen Welt ohne Unterdrückung der Geschlechter und andere Formen von Unterdrückung und Ausbeutung näher zu kommen. ›Revolution‹ ist ein bewusster Eingriff in den geschichtlichen Verlauf. Ein solcher Eingriff verlangt nach revolutionärer Theorie. Daher die Notwendigkeit des Marxismus-Feminismus.

Abschließende Bemerkungen

Beim Durchdenken der Schrecken unserer von Ungerechtigkeit, Gewalt, Krieg, Gesetzlosigkeit bestimmten Zeit entdeckte ich Spuren einer Ordnung. Der Kern der herrschenden (Un)Ordnung ist bestimmt von der Logik des patriarchal-rassistischen Kapitalismus/Imperialismus, dessen Schlachtfeld die Körper und die Sexualität der Frauen sind. In dieser anarchischen sozialen (Un)Ordnung nehmen die Frauen widersprüchliche Positionen ein – sie sind Subjekt/Objekt, Besitzerinnen/Enteignete, Retterinnen/Verräterinnen von Kultur und sozialen Beziehungen; diese soziale Unordnung schafft die Bedingungen für Befreiung wie Unterwerfung der Frauen.

Widerstand gegen diese koloniale Ordnung und gegen die Staaten, die von den imperialistischen Mächten aus den Resten älterer Reiche zusammengestückelt worden

waren, begann unmittelbar und überall auf den drei Kontinenten – und dauert bis heute. Frauen waren massenhaft an den Aufständen beteiligt, die im Dezember 2010 in Tunesien begannen und sich über Nordafrika und den Mittleren Osten verbreiteten. Sie waren Organisierende, Führende und Cyberaktivistinnen. Die meisten Frauen beteiligten sich allerdings nicht als Mitglieder organisierter Frauenbewegungen, die die Abschaffung patriarchaler Geschlechterverhältnisse gefordert hätten. Zusammen mit den Männern verlangten sie die Ersetzung der Diktatoren durch die parlamentarische Demokratie und ließen dabei das sozioökonomische System und die Klassenstruktur unangetastet. Nachteiliger noch waren die zentrums- und führerlosen Politiken, die in vielen, auch säkular orientierten Gruppen junger Leute stolze Anhänger hatten. Während die verarmte Mehrheit keinen festen Grund gewinnen konnte, waren die Frauen die eigentlichen Verliererinnen, indem sie auf Straßen und Plätzen männlicher Gewalt ausgesetzt waren. Innerhalb von zwei Jahren waren die Diktatoren in Tunesien, Ägypten, Yemen und Libyen gestürzt und durch gut organisierte Gruppen ersetzt worden, die eine andere Form von Diktatur, die der Theokratie, praktizierten. Schon bald missachtete die Armee in Ägypten – dem Zentrum politischer Macht im Mittleren Osten und in Nordafrika schlechthin – die demokratischen Forderungen des Volkes und installierte wiederum einen Diktator aus ihren Reihen. In Syrien setzten die zu Assad oppositionellen Gruppen auf militärische und politische Hilfe von seiten der Regional- und Imperialmächte. Innerhalb eines Jahres wurde das Land zum Schlachtfeld zwischen Assad-Regime, islamischen Fundamentalisten, westlichem Imperialismus und den regionalen arabischen und islamischen Staaten. Wo die Aufständischen keine revolutionäre Politik entwickeln konnten, festigte sich theokratische Herrschaft, die zur ernsthaften Bedrohung für Frauen, die arbeitenden Massen, ethnische und religiöse Minderheiten, Meinungs- und Versammlungsfreiheit wurde. Es war, als käme es in den arabischen Straßen zu einer Neuaufgabe der iranischen Revolution von 1979. In beiden Fällen, dem der iranischen Revolution wie dem des sogenannten »Arabischen Frühlings«, verhinderte das Fehlen eines feministischen revolutionären Bewusstseins – auf theoretischer, politischer und organisatorischer Ebene – den Kampf für den revolutionären Umschwung und half Imperialismus und islamischem Fundamentalismus in den Sattel.

Ein iranischer Dichter hat meiner Erfahrung mit der iranischen Revolution von 1979 Ausdruck gegeben: »Die Freude eines Regentropfens / Sein Leid, wenn er im Schlamm versinkt.« Das bringt die Erfahrung, die ich vor über dreißig Jahren gemacht habe, sehr gut auf den Punkt, als ich freudig den lebensspendenden Regentropfen begrüßte, um ihn nur allzu schnell im scheußlichen Abgrund verschwinden zu sehen. Ich fürchte dasselbe für Rojava! Aus dem Englischen von Peter Jehle

Literatur

Childe, Vere Gordon, *What is history?* New York 1953

Ebert, Theresa L., u. Mas'ud Zavarzadeh, *Class in Culture*, Boulder 2007

Hardt, Michael, u. Antonio Negri, *Empire. Die neue Weltordnung* (2000), Frankfurt/M 2002

Mohamed, Saleh Muslim, »The Rojava revolution's radical democracy«, Interview für *Links, International Journal of Socialist Renewal*, 10.11.2014, (www)